Kardinal Marx fordert mehr Fairness und Anstand in der Politik

17. Oktober 2017

München (KNA) Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx ist zunehmend besorgt über den Stil der politischen Auseinandersetzung.

Am Wochenende rief er daher in München zu mehr Anstand und Fairness in der Politik auf. Außerdem äußerte er sich zum Christ sein in Politik und Gesellschaft, zum Islam, zur Ökumene sowie zum Familiennachzug und zu einem Zuwanderungsgesetz. Der politische Kampf werde schärfer, die Sprache härter, und auch die Spannungen innerhalb der Parteien würden größer, betonte Marx. Dabei habe ihn auch der zu Ende gegangene österreichische Wahlkampf beunruhigt: „Unser Nachbarland gibt kein gutes Bild ab. Ich kann nur hoffen, dass wir bei den für Bayern so wichtigen Landtagswahlen einen anständigen Wahlkampf erleben und dass in ordentlicher Weise um den richtigen Weg gestritten wird."

Für Marx ist zudem in Politik und Gesellschaft das Christliche „nicht identisch mit dem Konservativen". Es gehe um „Veränderung und Fortschritt im christlichen Sinn, nicht nur um die Verteidigung des Martinsumzugs". Das Christliche sei größer, als dass es auf eine Tradition festgelegt werden könnte. In die aktuellen politischen Debatten werde die katholische Kirche daher deutlich ihre Positionen einbringen – etwa beim Einsatz für Arme, Schwache und Flüchtlinge sowie für den Lebensschutz, kündigte der Kardinal an. Zugleich rief er die Politik auf, in der Flüchtlings- und Integrationspolitik umfassender zu denken und eine „integrierte Entwicklungs-, Außen- und Einwanderungspolitik" nach humanitären Maßstäben zu entwickeln.

Zu einem derzeit diskutierten Zuwanderungsgesetz ergänzte Marx weiter: „Zu meinen, wir holen die klügsten Köpfe aus den armen Ländern und die anderen bleiben am besten zu Hause, das ist zu kurz gegriffen." Auch mit Blick auf die Debatte um den Familiennachzug von Flüchtlingen mahnte er zu mehr Besonnenheit: „Es geht nicht darum, dass alle ihre Familien mitbringen, sondern es geht um die, die länger hier sind." Noch sei nicht abzusehen, wann der Krieg in Syrien ende. Die Frage habe „eine große humanitäre Bedeutung". Der Kardinal mahnte auch zu einem besonnenen Umgang mit dem Islam. Er sehe keine Alternative zum Dialog und zu einem friedlichen Miteinander. Er wisse um die Ängste vieler Menschen und erhalte Briefe, in denen der Islam als Ursache für das Erstarken populistischer Parteien genannt und den Bischöfen eine unklare Haltung vorgeworfen werde, so Marx weiter: „Unsere klare Haltung ist: Jeder ist zuerst als Mensch zu sehen, ja, wir können zusammenleben. Ich bin nicht naiv, aber die Alternative zu einem friedlichen und toleranten Zusammenleben hieße Krieg und Ausweisung."

Zufrieden zeigte sich Marx mit dem zu Ende gehenden Reformationsgedenken. Es sei deutlich geworden, „dass Christen bei aller Verschiedenheit zusammenstehen und man uns auch nie wieder auseinanderbringen kann". Nun gelte es, weitere Schritte in der Ökumene

zu gehen.

(KNA – rlklp-89-00025)

Stand: 16. November 2026